

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 1

Artikel: Die Sozialisten wiederum ohne Mehrheit
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092830>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zum neuen Kräfteverhältnis in Serbien

Die Sozialisten wiederum ohne Mehrheit

Am 19. Dezember hat Serbien gewählt, und die Resultate sind nicht sehr viel anders herausgekommen als vor einem Jahr. Die Sozialisten haben auch diesmal die absolute Mehrheit im Parlament nicht erreicht, bleiben aber die stärkste Fraktion.

Als der serbische Präsident Slobodan Milošević im Oktober, nach dem Verlust der Kontrolle über das serbische Parlament, sich entschloss, dieses aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, war er überzeugt, dass seine Sozialisten diesmal die absolute Mehrheit erlangen würden. Dabei rechnete er mit drei Faktoren, die den Sozialisten eine Mehrheit bringen würden: 1. eine draufgängerische und gut organisierte Wahlkampagne, 2. die Anlockung der Urnengänger durch Wahlgeschenke wie Erhöhung der Löhne und Renten, ein gutes Angebot billiger Ware in den Läden — das hatte schon in früheren Wahlen bestens funktioniert — und 3. mit bis zu den Wahlen wesentlichen Erfolgen auf der internationalen Politbühne, die die Aufhebung der gegen Serbien verhängten Sanktionen in die Wege leiten sollten.

Sozialisten haben sich verrechnet

Dennoch zeitigte nur einer der Faktoren Wirkung: die Wahlpropaganda, und die allein genügte nicht. Die ausgeschöpften wirtschaftlichen Möglichkeiten und die ausgebeuteten Vorräte haben nicht einmal die minimalsten Bedingungen für den «Stimmenkauf» erfüllt, und auch die Aufhebung der Sanktionen ist ausgeblie-

ben. So ist denn auch das Wahlergebnis für die Sozialisten wiederum ungünstig ausgefallen. Zwar haben die Sozialisten, wie zu erwarten war, die meisten Stimmen erhalten, aber sie bilden nicht die Mehrheit im Parlament.

Statt der benötigten 126 der insgesamt 250 Sitze erlangten sie nur deren 123. Und selbst bei Wiederholung der Wahlen in einigen Wahlkreisen, in denen die Abstimmungen vom 19. Dezember wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten annulliert worden sind, können sie mit nur einem zusätzlichen Sitz rechnen.

Nationaler Konsens wäre nötig

Doch selbst wenn die Sozialisten noch die 126 Sitze und damit die absolute Mehrheit im Parlament erreicht hätten, könnten sie nicht zufrieden sein. Die ganze politische und wirtschaftliche Situation im heutigen Serbien ist nämlich so, dass sie eigentlich eine breite Unterstützung aller Bürger nötig hätte, und das wäre nicht möglich mit nur einem Abgeordneten über die Hälfte der Parlamentssitze hinaus. Diese Tatsache wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass von den über sieben Millionen Wahlberechtigten nur deren knapp 1,6 Millionen die Sozialisten gewählt haben.

Die Oppositionsparteien vereinigten 2,1 Millionen Stimmen auf sich, und der Rest der Wahlberechtigten blieb den Urnen fern. «Wie gedenkt denn Slobodan Milošević in Serbien zu regieren, wenn dessen Partei einen Drittel Volks-

«Dass die Niederlage nicht noch katastrophaler wurde, haben die Sozialisten ihrem einzigen Verbündeten, einem gewissen belgischen Professor d'Hondt, zu verdanken.»

* (Die Rede ist vom d'Hondtschen Höchstzahlverfahren innerhalb des Proporzwahlsystems. Dabei wird die jeweilige Anzahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Stimmen nacheinander durch 1, 2, 3 usw. dividiert, so dass man Reihen (für jede Partei eine) von Quotienten erhält. Die Verteilung der Sitze erfolgt dann in der Reihenfolge der Höhe dieser Quotienten. Die Divisionsreihe wird so lange fortgesetzt, bis die Reihenfolge so vieler Quotienten feststeht, wie Sitze zu vergeben sind. Dieser Verteilmodus begünstigt in gewissem Umfang die grösseren Parteien.)

vertrauen und zwei Drittel -misstrauen auf sich vereinigt?» fragte der Kommentator der Belgrader Wochenzeitschrift «NIN» am 24. Dezember in seiner Analyse der Wahlergebnisse.

Stadt kontra Land

Dieselbe Zeitschrift deckte noch eine weitere für die Sozialisten nachteilige Tatsache auf: In Belgrad haben sie 16 Mandate erhalten, die Opposition dagegen deren 30; in der Vojvodina 23, die Opposition dagegen 33; in Niš, Kragujevac, Smederevo, Užice — in allen grösseren Städten also — ähneln die Resultate denjenigen in Belgrad und der Vojvodina. Und dies regte «NIN» zu folgendem Schluss an:

«In der Vojvodina, in Belgrad und in der Šumadija (das «Waldland», d. h. Zentralserbien, wo die grössten Städte liegen) wurden die Sozialisten flach zu Boden gestürzt, und dem Klugen soll diese Angabe genügen. Nirgends in diesen aufgeklärteren serbischen Kreisen haben sie mehr als 30 Prozent erhalten, und dass die Niederlage nicht noch katastrophaler wurde, haben sie ihrem einzigen Verbündeten, einem gewissen belgischen Professor d'Hondt zu verdanken, der in die leeren Taschen fremde Stimmen einzuwerfen vermochte.»* Ihre beiden einzigen «Hits» erreichten die Sozialisten in ihrer traditionellen Hochburg in Südserbien: Leskovac, wo sie 17 von insgesamt 25 Mandaten erhielten, und im Kosovo, wo sie alle 21 Mandate eroberten, wobei hier festzuhalten ist, dass die Kosovo-Albaner die Wahlen boykottierten, weshalb zur Erlangung von Mandaten auch nur einige tausend Stimmen nötig waren.

Auch ein Generationenkonflikt

Und schliesslich: Alle Meinungsumfragen zeigten, dass die Jugend und überhaupt die jüngere Wählerschaft gegen die Sozialisten gestimmt haben, obwohl diese Partei, um gerade an jenes Segment der Wählerschaft heranzukommen, an die Parteispitze auch einige «junge Wölfe» gesetzt hatte, die aber offenkundig die jungen Staatsbürger nicht beeindruckt haben. Gewählt wur-

* DEPOS ist ein Zusammenschluss der Serbischen Erneuerungsbewegung mit mehreren kleineren Parteien. Zu berücksichtigen ist beim Wahlergebnis, dass 1992 die Demokratische Partei Serbiens sich der DEPOS angeschlossen hatte, während sie 1993 allein kandidierte. So hat DEPOS eigentlich 20 Mandate hinzugewonnen.

Die serbischen Wahlen im Vergleich
(Sitzverteilung im Parlament)

Parteien	1992	1993	Differenz
Sozialisten	101	123	+ 22
DEPOS*	49	45	- 4*
Radikale	73	39	- 34
Demokratische Partei	7	29	+ 22
Demokratische Partei Serbiens	24	7	- 17
Demokratische Gemeinschaft der Vojvodiner Ungaren	9	5	- 4
Albanische Koalition	-	2	+ 2
Diverse	11	-	
Total	250	250	-

den die Sozialisten vorwiegend von der älteren Generation, die der Kontinuität den Vorzug gab, also eine konservative Einstellung hat, die Änderungen in den politischen Verhältnissen ausschliesst.

Deshalb konnte Vuk Drašković, der Führer der grössten Oppositionspartei, der Serbischen Erneuerungsbewegung, auf die bissige Bemerkung aus den Reihen der Sozialisten, dass er eine kinderlose Ehe führe — woraus zu schliessen wäre, dass er verantwortungslos gegenüber der Zukunft des Volkes sei — antworten: «Es stimmt, dass ich keine Kinder habe, ich tue und werde alles tun, solange ich lebe, dass Belgrad, dass Serbien nicht ohne Kinder bleibt, diese Macht aber ist daran, dass ihr genau dies passiert.»

Die Sitzverteilung

Den Sozialisten mit ihren 123 Mandaten, immerhin 22 mehr als bisher, folgt die DEPOS, Draškovićs Demokratische Bewegung Serbiens (ein Zusammenschluss der Erneuerungsbewegung mit einigen kleineren Parteien wie dem Bürgerbund und der Neuen Demokratie) mit 45 Mandaten (insgesamt 713 000 Stimmen), dann Šešeljs Radikale mit 39 Mandaten (599 000 Stimmen), die Demokratische Partei mit 29 Mandaten (496 000 Stimmen), die Demokratische Partei Serbiens mit 7 Mandaten (217 000 Stimmen), die Demokratische Gemeinschaft der Vojvodiner Ungaren mit 5 Mandaten (112 000 Stimmen) und die Albanische Koalition (Kosovo-Albaner, die bereit waren, sich an den Wahlen zu beteiligen) mit zwei Mandaten oder 27 200 Stimmen. Diese Parteien werden also ins Parlament einziehen, während die übrigen — beinahe 80 —, die sich an den Wahlen beteiligt hatten, leer ausgingen.

Angeführt werden soll noch die Partei der serbischen Einheit des Zeljko Ražnajatović — Arkan. Mit lautem Getöse gegründet, hat Arkans Partei bei den Nichteingeweihten eine ganz unverdiente Aufmerksamkeit erweckt. Viele haben in Arkan — er steht auf der Interpol-Fahndungsliste wegen verschiedener Verbrechen in europäischen Staaten — Šešeljs Nachfolger und den neuen Milošević -Günstling gesehen. Indessen war er offenbar weder für die Sozialisten noch für die Wähler annehmbar, denn er hat mit kaum 40 000 Stimmen kein einziges Mandat erhalten, während er im früheren Parlament fünf Sitze innehatte.

Sieger sind DEPOS und Demokratische Partei

Gesamthaft betrachtet, stimmten die Wähler vorwiegend für die gemässigten Parteien. Die Distanzierung von radikaleren Strömungen wird auch darauf

Das Parlament dürfte bei seiner ersten Sitzung folgendes Bild bieten: 123 Sozialisten gegen 127 Oppositions-abgeordnete.

zurückgeführt, dass die Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten diesmal nicht wählen durften. Šešeljs Radikale haben fast die Hälfte ihrer früheren 74 Sitze verloren, wobei berücksichtigt werden muss, dass Šešelj zwei für ihn nützliche Fäden gezogen hat: Er ist während des Wahlkampfes gemässiger aufgetreten, und er hat erbarungslos mit den Sozialisten und Arkan abgerechnet. Die Demokratische Partei Serbiens von Vojislav Kotunica, die sich mit Šešelj-nahen Stellungen auszeichnete, verlor 17 Mandate. Gewinner sind Draškovićs DEPOS und besonders die Demokratische Partei mit Mićunović und Djindjić, die 22 Sitze eroberten (früher 7).

Dies mag verblüffen, denn DEPOS hat nahezu gleich viele Sitze erhalten wie im früheren Parlament. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass damals auch die Demokratische Partei Serbiens mit 24 Mandaten dem Verband angehörte und sich inzwischen abgespaltete. DEPOS hat also de facto 20 zusätzliche Mandate erobert und ist damit endgültig zur grössten Oppositionskraft geworden.

Ohne Berücksichtigung einer eventuellen Änderung im zweiten Wahlgang dürfte das Parlament bei seiner ersten Sitzung in den nächsten Tagen folgendes Bild bieten: 123 Sozialisten gegen 127 Oppositions-abgeordnete, denn Šešelj, nach dem Krach mit den Sozialisten, macht jetzt reine Opposition. Mit anderen Worten, die Lage für die Sozialisten hat sich gegenüber früher verschlechtert, da sie damals auf Šešeljs gute Dienste zurückgreifen konnten; dazu waren auch Arkans fünf Abgeordnete eine immer dienliche Unterstützung.

Opposition auch in der Verantwortung

So stellt sich die sehr ernste Frage, wohin diese politische Konstellation führt. Der Präsident der Neuen Demokratie, Dušan Mihajlović, ist überzeugt, dass nur die Führer der Opposition schuld sein werden, wenn sie nicht die Macht erlangt: «Ihre eventuelle Unverantwortlichkeit und Uneinigkeit geht zulasten der Wähler. Sie, die Wähler, haben alles getan, was sie konnten, es liegt jetzt an den Politikern zu tun, was in ihrer Macht steht.» Und weiter: «Die Verantwortung für das Bisherige trägt die machthabende Partei, aber die Verantwortung für das, was ab jetzt geschieht, tragen auch die Oppositionsführer.» Da gemäss Wahlergebnissen, so Mihajlović, niemand allein regieren kann, ist «der nationale Konsens über den Ausweg aus der innenpolitischen Krise und aus der internationalen Isolation der einzige wahre Weg.»

Diesen Überlegungen kann man sich nur anschliessen, aber hier liegt eben auch

die grösste Ungewissheit. Sind die Sozialisten bereit, die Macht zu teilen, deren Zügel sie jahrelang ausschliesslich in ihren Händen hielten — ist das überhaupt möglich ohne schwerere Unruhen in einem Staat, in dem eine quasi vollständige Symbiose zwischen Partei und Staatsorganen besteht? Und, ebenso wichtig, ist die bisher uneinige und mit egoistischen Führungsambitionen gekennzeichnete Opposition fähig zu einer Zusammenarbeit, ohne die eine Beteiligung an der Führung des Staates nicht möglich ist?

Taktik des Zeitgewinns

Bemerkbar machen sich zurzeit einzig Šešeljs Annäherungsversuche an die Oppositionsparteien, denen er bisher spinnefeind war — insbesondere an die Serbische Erneuerungsbewegung —, und Andeutungen, dass die Sozialisten eine Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei erwägen, zu der sie auch früher schon tolerantere Beziehungen als zur übrigen Opposition pflegten. Mit den 29 Stimmen der Demokratischen Partei hätten sie die nötige Mehrheit im Parlament.

Aber die Demokratische Partei würde — unabhängig davon, dass eine Zusammenarbeit der Eitelkeit ihrer Führer schmeicheln würde — kaum blind der Seniorenpartei folgen. Das aber würde für die Sozialisten die Teilung der Macht bedeuten, einer Macht, die die alleinherrschenden Sozialisten bis jetzt schrankenlos geniessen konnten. Ob die Sozialisten dem folgen werden, ist deshalb mehr als fraglich.

Deshalb neigen manche zur Ansicht, dass die Sozialisten, wie zuvor auch, am ehesten versuchen werden, eine Minderheitsregierung zusammenzustellen. Als Argument käme ihnen die Notwendigkeit entgegen, die Macht in Serbien bis zum Ende der jugoslawischen Krise nicht schwächen zu wollen. Genau dies aber hätte gemäss ihrer Interpretation eine Beteiligung der Opposition an der Macht zur Folge. So sollen nach den Vorstellungen der Sozialisten diese bis zur Lösung der Krise weiterhin allein herrschen, während die Opposition im Namen des Patriotismus und der höheren Staatsinteressen die Sozialisten unterstützen sollte.

Im Augenblick ist also nichts sicher. Alle Anzeichen machen eine Minderheitsregierung der Sozialisten am wahrscheinlichsten — schon deshalb, weil damit im wesentlichen alles beim alten bliebe. Dieses Zeitgewinnen und dieses hinauszögernde Verhalten war denn auch bis jetzt schon das Charakteristikum der serbischen Politschaubühne. ■

Alle Anzeichen machen eine Minderheitsregierung der Sozialisten am wahrscheinlichsten — schon deshalb, weil damit im wesentlichen alles beim alten bliebe.